

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 25.11.2020 im Großen Saal des
Bürgerhauses Neuer Markt, Bühl, Europaplatz,

Sitzungsdauer: 18:00 Uhr bis 19:25 Uhr

Anwesend sind:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Hubert Schnurr

Gremiumsmitglied

Stadträtin Barbara Becker

Stadtrat Christian Böckeler

Stadtrat Bernd Broß

Stadträtin Dr. Margret Burget-Behm

Stadtrat Johannes van Daalen

Stadtrat Prof. Dr. Karl Ehinger

Stadtrat Franz Fallert

Stadtrat Georg Feuerer

Stadtrat Daniel Fritz

Stadtrat Timo Gretz

Stadtrat Peter Hirn

Stadtrat Lutz Jäckel

Stadtrat Hans-Jürgen Jacobs

Stadtrat Ludwig Löschner

Stadtrat Ulrich Nagel

Stadtrat Prof. Dr. Johannes Moosheimer

Stadtrat Peter Schmidt

Stadtrat Georg Schultheiß

Stadtrat Walter Seifermann

Stadtrat Peter Teichmann

Stadtrat Thomas Wäldele

Stadträtin Dr. Claudia Wendenburg

Stadtrat Jörg Woytal

Stadtrat Norbert Zeller

Stadträtin Yvonne Zick

Ortsvorsteher

Ortsverwaltung Vimbuch, Uwe Burkart,
stellv. Ortsvorsteher

Ortsverwaltung Weitenung, Daniel Fritz

Ortsverwaltung Neusatz, Hans-Wilhelm
Juchem

Ortsverwaltung Altschweier, Manfred Müller

Verwaltung

Erster Beigeordneter, Wolfgang Jokerst

Bildung-Kultur-Generationen, Klaus Dürk

Stadtentwicklung, Bauen, Immobilien,

Wolfgang Eller

Wirtschafts- und Strukturförderung/Baurecht,

Corina Bergmaier
Personal-Organisation-Digitalisierung,
Daniel Bauer
Pressesprecher, Matthias Buschert
Finanzen-Beteiligungen-Liegenschaften,
Thomas Bauer
Rechts- und Ausländerwesen,
Elisabeth Beerens
Zentrale Dienste, Reinhard Renner
Breitband und Klimaschutz, Markus Benkeser
Revision, Petra Ewert
Personal-Organisation-Digitalisierung, ab 18:50 Uhr anwesend
Eduard Itrich
Stadtplanung, Ulrike Kiewitt
Tiefbau-Bauhof-Grünflächen,
Wolfgang Schuchter
Zentrale Dienste, Marc Vollmer

Gäste: Brigitte Busch, Architektin;
zu TOP 3 anwesend

Zuhörer/innen: 27

Pressevertreter: 2

Stadtwerke Bühl GmbH
Geschäftsführer Rüdiger Höche
Geschäftsführer Reiner Liebich

Entschuldigt fehlen:

Gremiumsmitglied
Stadträtin Beate Gässler

Tagesordnung

1. Bürgerfragestunde
2. Friedhofsatzung der Stadt Bühl;
Beschluss der 1. Änderungssatzung
3. Bebauungsplan „Seniorenzentrum Neusatzeck“ in Bühl-Neusatz;
 - a) Städtebaulicher Vertrag
 - b) Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
 - c) Öffentlich rechtlicher Vertrag
 - d) Satzungsbeschluss
4. Bebauungsplan „Kirchgassgraben“ in Bühl;
Aufstellungsbeschluss
5. Baulandumlegung für den Bereich des Bebauungsplans „Kirchgassgraben“ in Bühl, Gemarkung Bühl;
 - a) Anordnungsbeschluss
 - b) Bestellung der Sachverständigen
6. SV Weitenung – Lösungskonzept SV Weitenung
für die Bewässerung der Sportplatzflächen mit Beregnungsanlage
Zuschuss an den SV Weitenung
7. Baulandumlegung für den Bereich des Bebauungsplans „Hinterfeldweg“
in Bühl-Kappelwindeck, Gemarkung Bühl;
 - a) Anordnungsbeschluss
 - b) Bestellung der Sachverständigen
8. Kostenloses Parken „Bühl im Advent“
9. Kündigung WRO
10. Zuschüsse an die Heimatvereine der Stadt Bühl für das Jahr 2020
11. Bericht zur Digitalisierung 2019/2020
12. Berichte und Anfragen

TOP 1: Bürgerfragestunde

Von den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern werden keine Fragen an die Verwaltung gerichtet.

TOP 2: Friedhofsatzung der Stadt Bühl; Beschluss der 1. Änderungssatzung

Oberbürgermeister Schnurr geht auf die Vorlage ein. Er weist darauf hin, dass sich die Änderung auf die Fälle bezieht, in denen die Religionszugehörigkeit eine Bestattung ohne Sarg vorsieht. Verstorbene können dann in Tüchern bestattet werden, sofern keine gesundheitlichen Bedenken bestehen.

Stadträtin Dr. Burget-Behm signalisiert im Namen der CDU-Fraktion die Zustimmung zum Beschlussvorschlag. Die muslimischen Mitbürger sollten auch die gleichen Rechte haben in Bezug auf die Bestattung der Angehörigen. Sie schlägt vor, die Satzung hinsichtlich der Bestattung in Leintücher um die Formulierung zu ergänzen, „wenn keine gesundheitlichen Bedenken bestehen“.

Stadtrat Hirn erinnert an die Religionsfreiheit in Deutschland. Die Freizügigkeit hier ist vorbildlich beispielsweise für die Türkei. Die SPD-Fraktion stimmt dem Beschlussvorschlag zu.

Stadtrat Prof. Dr. Moosheimer signalisiert die Zustimmung der FW-Fraktion. Es ist ein Zeichen, dass die Mitbürger muslimischen Glaubens integriert werden können. Mehr als 90 Prozent der verstorbenen Moslems werden in den ehemaligen Heimatgemeinden beigesetzt, die Grabfelder werden dort immer größer. Er bittet darum, dass den Hinterbliebenen eindringlich mitgeteilt wird, dass die Grabstätte nach 25 bzw. 50 Jahren nachgekauft werden muss und der Platz nicht auf ewig reserviert ist. Die Toten werden nicht auf dem Rücken, sondern auf der rechten Seite mit Blickrichtung auf Mekka bestattet. Er bittet darum auch zu überprüfen, dass Orientierung der Gräber auch richtig ausgerichtet ist.

Herr Eller berichtet, dass jedes Grabfeld und auch die Friedhöfe dahingehend überprüft wurden.

Stadtrat Jäckel sieht den Bestattungstourismus in die Türkei als kritisch an. Mittlerweile lebt die zweite und dritte Generation der Familien hier und die Menschen wollen hier beerdigt werden. Dem ist Rechnung zu tragen. Er begrüßt die Möglichkeit, dass im Land Baden-Württemberg nach islamischen Glaubensregeln beerdigt werden kann und dass dies jetzt auch in Bühl möglich ist. Er signalisiert die Zustimmung der FDP-Fraktion.

Stadtrat Schmidt hält Religionsfreiheit für richtig und wichtig. Es signalisiert seine Zustimmung dazu, dass den Muslimen eine ihrer Glaubensansicht entsprechende Bestattungsmöglichkeit geboten wird. Er hat allerdings Probleme damit, Christen die Entbindung der Sargpflicht zu untersagen, dies soll allen Religion erlaubt werden. So lange diese Gesetzesänderung nicht erfolgt, stimmt er gegen die Beschlussvorlage. Da die anderen Stadtratskollegen das andere sehen und ihre Zustimmung zur Beschlussvorlage ankündigen, schlägt er drei Änderungen der Beschlussvorlage vor und stellt folgenden Antrag:

„1. Es scheint im Islam wichtig, dass die Angehörigen selbst Hand anlegen und von A bis Z mithelfen. Wenn wir das Verschließen des Grabes aus der Hand in die der Angehörigen geben, dann soll das nicht nur unter Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften erfolgen, sondern unter Kontrolle. Bei Nichtbeachtung von Vorgaben soll das Recht auf Verschließen aus eigener Hand vor Ort entzogen werden können.“

2. Wir haben einen Nothaushalt. Der Haushalt wird in der Corona-Zeit nicht besser. Es dürfen der Gemeinde keine Kosten durch die muslimischen Grabstätten entstehen. Die 15.000 Euro oder mehr könnten durch Spenden der muslimischen Vereine beglichen werden oder auf die Kosten der Gräber umgelegt werden.

3. Zum Thema des „ewigen Ruherechts“ fordere ich eine Beschlussfassung, dass es zwar die Möglichkeit gibt, den in Deutschland üblichen Pachtzeitraum für Gräber von 20 bis 25 Jahren zu verlängern, dies aber nur ein Entgegenkommen unsererseits ist, aus dem kein Recht der Pächter auf ewige Pacht entsteht. Die Pacht soll zur Bestattung auf einen üblichen Zeitraum abgeschlossen werden. Wir müssen, wenn es mit dem Platz eng wird, auch die muslimischen Gräber, nach Ablauf der Pacht, für neue Bestattungen nutzen können.“

Oberbürgermeister Schnurr sagt Stadtrat Schmidt zu, über seinen Änderungsantrag vor der Beschlussfassung abstimmen zu lassen.

Stadtrat Seifermann betont, dass die Menschen hier leben und arbeiten und auch ein Recht darauf haben sollen, hier bestattet werden zu können. Die GAL-Fraktion stimmt dem Beschlussvorschlag zu.

Stadtrat Hirn erinnert daran, dass der Beschlussvorschlag vorberaten wurde und weist darauf hin, dass man sich an die Tagesordnung halten sollte.

Stadtrat Jäckel erinnert an das Urteil des Verwaltungsgerichts Karlsruhe, dass die Religionszugehörigkeit eines Verstorbenen aber nur dann eine sarglose Erdbestattung in Leintücher vorsieht, wenn die Religionsgemeinschaft, der der Verstorbene angehört, eine Glaubensregel kennt, die eine sarglose Bestattung gebietet.

Oberbürgermeister greift den Wunsch von Stadträtin Dr. Burget-Behm auf und weist darauf hin, dass dies bereits im Gesetz steht und darum nicht in die Satzung aufgenommen werden muss.

Stadtrat Schmidt ist auf entsprechende Nachfrage von Oberbürgermeister Schnurr mit einer Abstimmung „en bloc“ einverstanden.

Oberbürgermeister Schnurr lässt über den Antrag von Stadtrat Schmidt abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme, 24 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die 1. Änderungssatzung zur Friedhofssatzung vom 28.01.2015 und beauftragt die Verwaltung ein Grabfeld für Leintuchbestattungen mit Ausrichtung nach Mekka auf dem Stadtfriedhof Bühl einzurichten.

**Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
keine Stimmenthaltungen**

TOP 3: Bebauungsplan „Seniorenzentrum Neusatzeck“ in Bühl-Neusatz;

a) Städtebaulicher Vertrag

b) Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

c) Öffentlich rechtlicher Vertrag

d) Satzungsbeschluss

Oberbürgermeister Schnurr begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Planerin Frau Brigitte Busch von der sc stadtkonzept GmbH. Er erinnert daran, dass die Änderungswünsche der Vorberatungen vom Technischen Ausschuss in der Ortschaftsratssitzung berücksichtigt wurden. Hier gab es dann nochmals Änderungswünsche hauptsächlich was die Verkleidung der Fassade mit Holz anbelangt. Eine weitere Vorstellung durch Frau Busch ist nicht erwünscht.

Stadtrat Fallert erinnert an die Vorschläge des Ortschaftsrats zu Beginn der Planungen bis heute. Einige Anregungen des Ortschaftsrates konnten eingebracht werden. Er bedauert, dass der Wille des Ortschaftsrats im Hinblick auf die Gebäudehöhe und den Abstand hin zur Straße nicht umgesetzt werden konnte. Aufgrund der aus seiner Sicht großen und langfristigen Nachteile kann er dem Bebauungsplan so nicht zustimmen. Auch die Auswirkungen auf das Josef-Bäder-Haus sind noch nicht klar. Er hofft, dass das Projekt nicht finanzierbar ist. Zur Tischvorlage äußert er die Anregung, dass keine Ersatzhölzer, beispielsweise Verbundplatten mit Holzanteil, eingesetzt werden. Dem Ortschaftsrat ging es darum, dass naturbelassene Hölzer Verwendung finden. In der Vorlage steht jedoch, dass „möglichst Holzverkleidungen aus Vollhölzern“ zur Anwendung kommen. Er schlägt weiterhin vor, den Satz zu verkürzen: „Holzverkleidung aus Naturhölzern sind zu verwenden“ ohne irgendwelche Beschränkungen auf Holzarten.

Frau Busch erinnert an die Beratungen im Ortschaftsrat. Die Aufzählung der Baumarten fand aus der Überlegung heraus statt, nachhaltige Holzprodukte zu verwenden. Die Frage der einheimischen und regionalen Bäume ist schwierig zu beantworten. Einige sind einheimisch, andere seit vielen Jahren etabliert aber zugewandert. Andere verdrängen die natürlichen Bäume. Die Abgrenzung hier zu finden ist schwierig. Daher die Entscheidung, die Hinweise in den Bebauungsplan aufzunehmen und in der Begründung zu beschreiben.

Oberbürgermeister Schurr ergänzt, dass der Festsetzungskatalog des § 9 abschließend ist und dies allenfalls über örtliche Bauvorschriften zu handhaben ist. Er nimmt den Vorschlag von Frau Busch auf, die Holzarten wegzulassen und unbehandeltes Vollholz in die örtlichen Bauvorschriften aufzunehmen. Das Wort „möglichst“ soll gestrichen werden.

Stadtrat Feuerer merkt an, dass erst der Beschluss des Bebauungsplans Ansprüche gegenüber der Stadt begründet. Dies steht auch wieder im § 2 des städtebaulichen Vertrags. Äußerungen bezüglich Schadensersatzansprüchen sieht er als haltlos an. Die CDU-Fraktion respektiert jedoch die Entscheidung des Gemeinderats in mehreren Anläufen und will das Projekt nicht blockieren. Durch das Veto des Ortschaftsrats hat man sich intensiv mit der Planung und Gestaltung auseinandergesetzt und konnte Verbesserungen erreichen. Auch wenn es ein schwieriger Weg war, kann sich der Ortschaftsrat den Erfolg auf die Fahne schreiben. Er dankt der Verwaltung für die nicht immer einfache Suche nach Kompromissen. Die Mehrheit der Fraktion sieht eine Wohnbebauung immer noch als bessere Lösung an, sodass sie sich größtenteils enthalten werden. Er wünscht dem Vorhaben trotz der Bedenken viel Erfolg.

Stadtrat Wäldele meint, dass man mit dem gefundenen Kompromiss gut leben kann. Die Belange des Natur- und Umweltschutzes sind berücksichtigt. Die Wochenstube des Grauen Langohrs wurde gesichert und der Eingriff in das Landschaftsschutzgebiet hält sich in Grenzen. Die Vorgaben des Natur- und Artenschutzes sind ebenfalls nachhaltig gesichert. Die Stellschrauben können bei Bedarf nachgestellt werden. Schade ist, dass keine begrünten

Dächer Berücksichtigung gefunden haben. Hier könnten klimawirksame Module integriert werden. Insgesamt stellen die Vorgaben des Bebauungsplans eine landschaftsverträgliche Nutzung dar, es bleibt abzuwarten was die Bauherren daraus machen. Der Bürowechsel vor der finalen Fassung für die artenschutzrechtliche Prüfung und für den Umweltbericht hält er für ungewöhnlich.

Stadtrat Löschner stellt fest, dass die grundsätzliche Entscheidung denkbar knapp gefallen ist. Gründe sind in der sensiblen landschaftlichen Lage und im Agieren des Projektentwicklers zu finden. Er dankt dem Ortschaftsrat für sein Engagement und sein konstruktives Einbringen.

Im Namen der FDP-Fraktion signalisiert Stadtrat Jäckel die Zustimmung. Es ist wichtig, dass an dieses Projekt jetzt ein Knopf kommt. Es wurde lange und intensiv diskutiert und es sind nahezu alle Belange berücksichtigt worden.

Stadtrat Hirn schließt sich den Dankesworten an den Ortschaftsrat an und dankt auch dem Gemeinderat, der diese Entscheidung schlussendlich gefällt hat.

Beschluss:

- a) Der Gemeinderat beschließt, den Oberbürgermeister zum Abschluss des städtebaulichen Vertrags zum Bebauungsplan „Seniorenzentrum Neusatzeck“ in Bühl-Neusatz mit dem Vorhabenträger zu ermächtigen.
- b) Der Gemeinderat beschließt die Stellungnahmen der Verwaltung zu den vorgebrachten Stellungnahmen unter Abwägung öffentlicher und privater Belange.
- c) Der Gemeinderat beschließt, den Oberbürgermeister zum Abschluss des öffentlich-rechtlichen Vertrags zum Bebauungsplan „Seniorenzentrum Neusatzeck“ in Bühl-Neusatz mit dem Landratsamt Rastatt zu ermächtigen.
- d) Der Gemeinderat beschließt den Bebauungsplan „Seniorenzentrum Neusatzeck“ in Bühl-Neusatz mit textlichen Festsetzungen, Örtlichen Bauvorschriften und Begründung einschließlich der klarstellenden Ergänzungen, Umweltbericht und Fachbeitrag Artenschutz vom 13. November 2020 als zusammengefasste Satzung.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 11 Stimmenthaltungen

TOP 4: Bebauungsplan „Kirchgassgraben“ in Bühl; Aufstellungsbeschluss

Beschluss:

- a) Der Gemeinderat beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes „Kirchgassgraben“ in Bühl gemäß dem Abgrenzungsplan vom 23. September 2020.
- b) Der Gemeinderat beschließt die Beauftragung der Verwaltung mit der Ausarbeitung des Bebauungsplanvorentwurfes.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (26 Ja-Stimmen)

TOP 5: Baulandumlegung für den Bereich des Bebauungsplans „Kirchgassgraben“ in Bühl, Gemarkung Bühl;

a) Anordnungsbeschluss

b) Bestellung der Sachverständigen

Oberbürgermeister Schnurr teilt mit, dass 94 Prozent der im Geltungsbereich liegenden Flächen erworben sind. Falls es notwendig wird, soll im Rahmen der Erarbeitung des Bebauungsplans ein Umlegungsverfahren für nicht erworbene Grundstücke eingeleitet werden.

Stadtrat Fallert stellt fest, dass in Bühl Bauland rar und der Wohnungsmarkt angespannt ist. Es wird ein großes Baugebiet geschaffen, das Entspannung bringt. Der Mix aus Einzel-, Reihen- und Doppelhäusern ist richtig. Die blau-grüne Infrastruktur hält er für den richtigen Weg. Er signalisiert die Zustimmung der FW-Fraktion zum Beschlussvorschlag.

Stadtrat Wäldele sieht es für gut an, dass es nun zum Aufstellungsbeschluss kommt. Es soll ein Baugebiet für ökologisches Bauen, Energieeffizienz, Verkehrsberuhigung und Generationenfreundlichkeit sowie neue Formen des gemeinschaftlichen Wohnens bei optimaler digitaler Ausnutzung umgesetzt werden. Konkrete Überlegungen der Verwaltung sollen jetzt kommen. Wenn jedoch 100 Häuser gebaut und Gewerbemischgebiete im Norden kommen sollen, sieht er das nicht mehr so optimistisch. Aus diesem Grund bittet er darum, dass der Gemeinderat, der Technische Ausschuss und der Klima- und Umweltausschuss in einer der ersten Sitzungen im nächsten Jahr die Konzeption vorgestellt bekommt.

Oberbürgermeister Schnurr weist darauf hin, dass es noch keine Konzeption gibt, sondern zunächst Grundstücke erworben wurden. Es wird kein fertiges Konzept vorgelegt, sondern die Gremien sollen dahingehend mitgenommen werden.

Stadtrat Jäckel sieht in diesem Projekt eine einmalige Chance und sichert die Zustimmung der FDP-Fraktion zu.

Stadtrat Feuerer schließt sich seinem Vorredner an bittet auch darum, die Smart-City Elemente und die Belange von Klima- und Umweltschutz zu berücksichtigen.

Beschluss:

- a) Der Gemeinderat ordnet gemäß § 46 Abs. 1 BauGB für den Bereich des Bebauungsplans „Kirchgassgraben“ in Bühl, Gemarkung Bühl, die Umlegung von Grundstücken nach dem vierten Teil des BauGB (§§ 45-79) an. Die Baulandumlegung trägt die Bezeichnung „Kirchgassgraben“.
- b) Als beratende Sachverständige werden gemäß § 5 der Verordnung der Landesregierung und des Innenministeriums zur Durchführung des BauGB bestellt:
 - a) Vermessungstechnischer Sachverständiger
Herr Vermessungsdirektor Wolf-Dieter Simmank,
(Herr Vermessungsassessor Jörg Adam, als Stellvertreter),
Landratsamt Rastatt, Amt für Flurneuordnung, Geoinformation und Vermessung, Am Schlossplatz 5, 76437 Rastatt,
 - b) Bautechnischer Sachverständiger
Herr Oberbürgermeister Hubert Schnurr
sowie
Frau Barbara Thévenot, Fachbereich Stadtentwicklung-Bauen-Immobilien,
Abteilung Stadtentwicklung.

Abstimmungs-/Wahlergebnis: Einstimmiger Beschluss (26 Ja-Stimmen)

**TOP 6: SV Weitenung – Lösungskonzept SV Weitenung
für die Bewässerung der Sportplatzflächen mit Beregnungsanlage
Zuschuss an den SV Weitenung**

Stadtrat Fritz lobt den SV Weitenung für das Konzept. Der Verein hat der Stadt durch sein Engagement und gute Ideen viel Geld gespart.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Lösungskonzept des SV Weitenung und der Umsetzung durch den SV Weitenung zu und beschließt die Gewährung des Zuschusses in Höhe von 53.308,21 € an den SV Weitenung.

Der Gemeinderat ermächtigt den Oberbürgermeister die entsprechende Zuschussvereinbarung mit dem SV Weitenung abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (26 Ja-Stimmen)

**TOP 7: Baulandumlegung für den Bereich des Bebauungsplans "Hinterfeldweg"
in Bühl-Kappelwindeck, Gemarkung Bühl;
a) Anordnungsbeschluss
b) Bestellung der Sachverständigen**

Stadträtin Dr. Wendenburg nimmt aufgrund Befangenheit an der Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt nicht teil.

Oberbürgermeister Schnurr erklärt, dass es hier um eine Erweiterungsfläche geht. Auch hier wurde Grunderwerb getätigt. 90 Prozent der Flächen sind erworben. Es gibt Eigentümer, die zunächst nicht bereit sind, dem Bebauungsplan zuzustimmen. Die Grundstücke liegen jedoch nicht im Geltungsbereich des künftigen Bebauungsplanes, sondern im Bereich einer Straße, die noch hergestellt werden muss. Auch hier geht es um den Anordnungsbeschluss einer Umlegung und Bestellung der Sachverständigen, wenn es im Bebauungsplanverfahren notwendig wird, um bodenordnende Maßnahmen ergreifen zu können.

Stadtrat Schultheiß erklärt für die FW-Fraktion, dass dem Beschlussvorschlag zugestimmt wird. In der Presse wurde zu diesem Thema bereits einiges veröffentlicht. Die Bevölkerung und der Gemeinderat sollten hier frühzeitig mit eingebunden werden, damit man eine Vorstellung davon bekommt, wie die Gestaltung letztlich aussehen soll.

Oberbürgermeister Schnurr sagt zu, sobald das Konzept eines Vorentwurfs des Bebauungsplans vorliegt, eine entsprechende Informationsveranstaltung anzubieten. Dies hat er auch den betroffenen Bürgern bereits zugesagt.

Stadtrat Feuerer schließt sich Stadtrat Schultheiß an. Er spricht den Unmut der Anwohnerschaft an. Er äußert die Bitte die Anwohner mehr mitzunehmen und Informationen und Darstellungen frühzeitig weiterzugeben.

Oberbürgermeister Schnurr erläutert, dass es hier um den Aufstellungsbeschluss geht, der den Auftrag des Gemeinderats an die Verwaltung darstellt, planerisch tätig zu werden. Er hat bereits Gespräche mit Bürgern geführt.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Jäckel bezweifelt Oberbürgermeister Schnurr, dass eine Darstellung der rechtlichen Grundlagen der Erschließungsbeiträge für die Bürger, beispielsweise auf der Homepage der Stadt, der Sache dienlich ist, da es ein komplexes

Rechtsgebiet ist.

Herr Bauer, Finanzen – Beteiligungen – Liegenschaften, ergänzt, dass die Eigentümer in erster Linie daran interessiert sind, ob sie Beiträge zahlen müssen oder nicht und wenn ja wie viel. Der Vorschlag ist zwar zu begrüßen, trägt aber erfahrungsgemäß nicht zur Klärung der Fragen und eher zur Verwirrung bei. Die Prüfung historischer Straßen ist sehr komplex, mit einer Vielzahl von Plänen mit Stand von 1867, die nicht veröffentlicht werden können und die die Anwohner nicht interpretieren können. Die Verwaltung lädt bei einem solchen Vorhaben jedoch jeden Anwohner zu Gesprächen ein und steht jederzeit für Fragen zur Verfügung.

Stadtrat Schmidt regt ebenfalls an, bei solchen kritischen Themen im Vorfeld mit den betroffenen Personen zu reden und nicht erst, wenn ein Beschluss ansteht.

Oberbürgermeister Schnurr teilt mit, dass es jetzt noch nichts zu entscheiden gibt. Es muss jetzt eine Planung erarbeitet werden und dann wird man auch mit den betroffenen Personen ins Gespräch gehen.

Beschluss:

- a) Der Gemeinderat ordnet gemäß § 46 Abs. 1 BauGB für den Bereich des Bebauungsplans „Hinterfeldweg“ in Bühl, Gemarkung Bühl, die Umlegung von Grundstücken nach dem vierten Teil des BauGB (§§ 45-79) an. Die Baulandumlegung trägt die Bezeichnung „Hinterfeldweg“.
- b) Als beratende Sachverständige werden gemäß § 5 der Verordnung der Landesregierung und des Innenministeriums zur Durchführung des BauGB bestellt:
 - a) Vermessungstechnischer Sachverständiger
Herr Vermessungsdirektor Wolf-Dieter Simmank,
(Herr Vermessungsassessor Jörg Adam, als Stellvertreter),
Landratsamt Rastatt, Amt für Flurneuordnung, Geoinformation und Vermessung,
Am Schlossplatz 5, 76437 Rastatt,
 - b) Bautechnischer Sachverständiger
Herr Oberbürgermeister Hubert Schnurr
sowie
Frau Barbara Thévenot, Fachbereich Stadtentwicklung-Bauen-Immobilien, Abteilung Stadtentwicklung.

Abstimmungs-/Wahlergebnis: Einstimmiger Beschluss (25 Ja-Stimmen)

TOP 8: Kostenloses Parken „Bühl im Advent“

Oberbürgermeister Schnurr erklärt, dass die Werbegemeinschaft „Bühl in Aktion“ auf die Stadtverwaltung zugekommen ist, ob für die Advents- und Weihnachtszeit ein kostenloses Parken in der Stadt möglich wäre. In Gesprächen mit den Parkhausbetreibern haben diese auch ihre Unterstützung zugesagt.

Stadträtin Zick signalisiert die Zustimmung der FW-Fraktion zum Beschlussvorschlag. Sie fragt nach, ob in dieser Zeit auch der ÖPNV kostenlos sein könnte. Damit könnte der Autoverkehr etwas aus der Stadt verlagert werden.

Oberbürgermeister Schnurr erklärt, dass dies vorab geprüft wurde und finanziell nicht darstellbar ist. Zudem ist dies auch aus konzessionsrechtlichen Gründen nicht möglich.

Stadtrat Seifermann ist auch der Meinung, dass der ÖPNV sowie der Rad- und Fußverkehr gefördert werden muss. Hier muss deutlich mehr gemacht werden. Dieses Thema soll angegangen werden.

Oberbürgermeister Schnurr ergänzt, dass der Landkreis in dieser Sache Konzessionsnehmer ist und in der nächsten Sitzung berichtet wird.

Stadtrat Feuerer ist für diese kurzfristige Lösung. Der Einzelhandel und die Gastronomie sind hier besonders betroffen. Es kommen immer weniger Menschen in die Innenstadt. Die CDU-Fraktion unterstützt den Beschlussvorschlag.

Stadtrat Jäckel meint, dass besondere Zeiten besondere Maßnahmen erfordern. Die Maßnahme kann finanziell geleistet werden und ist ein wichtiges Signal an den Einzelhandel. Er signalisiert die Zustimmung der FDP-Fraktion zum Beschlussvorschlag.

Stadtrat Gretz regt an, auf die Gebührenerhebung der städtischen Fahrradabstellanlagen am Bahnhof zu verzichten. Diese Aktion soll verdeutlichen, dass alle Verkehrsarten wichtig sind, nicht nur der PKW-Verkehr. Die SPD-Fraktion wird dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Stadtrat Schmidt signalisiert seine Zustimmung zum Beschlussvorschlag. Er regt an, dass im Zusammenhang mit dem Vorschlag zum kostenlosen ÖPNV auch die Verbindungsmöglichkeiten überprüft werden. Oberbürgermeister Schnurr verweist hier auf das Projekt „Regiomove“ im Jahr 2021, welches die Mobilität in der Region Mittlerer Oberrhein vernetzen soll.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, dass vom 28.11.2020 bis 06.01.2021 auf die Erhebung von Parkgebühren auf städtischen Parkplätzen verzichtet wird.

**Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen**

TOP 9: Kündigung WRO

Beschluss:

Die Kündigung der Mitgliedschaft bei der WRO wird aufrechterhalten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (26 Ja-Stimmen)

TOP 10: Zuschüsse an die Heimatvereine der Stadt Bühl für das Jahr 2020

Stadtrat Fallert nimmt aufgrund Befangenheit an der Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt nicht teil.

Beschluss:

Die Heimatvereine der Stadt Bühl erhalten für das Jahr 2020 folgende Zuschüsse:

Altschwierer Heimatfreunde e.V.	€ 1.050,00
Heimatverein Vimbuch e.V.	€ 525,00
Heimatverein Eisental e.V.	€ 1.050,00
Heimatverein Neusatz e.V.	€ 1.050,00
Dorfgemeinschaft Waldmatt	€ 1.050,00
Summe	€ 4.725,00

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (25 Ja-Stimmen)

TOP 11: Bericht zur Digitalisierung 2019/2020

Stadtrat Feuerer stellt einen grundsätzlichen Antrag, nur Vorlagen in den Gemeinderat zu nehmen, die wichtig und entscheidungsrelevant sind und keine Berichte und weitergehende Ausführungen, entsprechend einer Empfehlung des Städtetags im Hinblick auf die Corona-Pandemie. Die Berichte könnten in dieser Zeit schriftlich entgegengenommen werden.

Oberbürgermeister Schnurr schlägt vor, ab der nächsten Sitzung gänzlich auf Berichte zu verzichten, bis zum Ende der Corona-Pandemie. Der geplante Bericht zur Digitalisierung soll in aller Kürze vorgestellt werden.

Die Mitglieder des Gemeinderats signalisieren ihre Zustimmung zu dieser Vorgehensweise.

Herr Itrich, Personal – Organisation – Digitalisierung, ergänzt den schriftlich vorgelegten Bericht mit einigen Schaugrafiken. Unter anderem geht er auf die Schwerpunkte Smart City, Videokonferenzplattform Palim! Palim! und die Interkommunale Zusammenarbeit „re@di – regional.digital“ ein. Abschließend gibt er einen Ausblick auf das kommende Jahr. Hier steht für die Bürger das Serviceportal „service.bw“ und für die Verwaltung das Intranet im Fokus.

Stadtrat Hirn lobt im Namen der SPD-Fraktion die Projekte im Bereich der Digitalisierung.

Stadtrat Schultheiß schließt sich im Namen der FW-Fraktion Stadtrat Hirn an und verweist auf die öffentlichkeitswirksamen Berichte, die auch für die Fördermittelakquise wichtig sind. Er regt an, um mehr Transparenz für Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, die einzelnen Schritte mit einem Ampelsystem zu dokumentieren, damit deutlich sichtbar ist, wie weit man mit der Digitalisierung vorangeschritten ist.

Herr Itrich berichtet auf entsprechende Nachfrage von der geplanten Beteiligungsplattform.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Schmidt erläutert Herr Itrich, dass man derzeit dabei ist, die Möglichkeiten zur Gründung einer geeigneten Rechtsform zu evaluieren, um die Plattform Palim! Palim! mit anderen Kommunen zu teilen. Eine Profitorientierung gibt es jedoch nicht.

Stadtrat Fritz lobt im Namen der CDU-Fraktion den vorgestellten Bericht und die geleistete Arbeit. Er bittet um die Darstellung einer Gesamtstrategie und eine Aufgliederung der Handlungsfelder. Besonders im Hinblick auf Bürgerdienste, E-Government und IT-Strategie an Schulen.

Bürgermeister Jokerst ergänzt, dass die Arbeit parallel läuft, was bedeutet, dass während eine Strategie gebaut wird, schon Dinge wie beispielsweise Palim! Palim! entstehen.

Herr Itrich berichtet, dass man schon mit Spitzenverbänden wie der KGSt im Gespräch ist, um die begonnene Strategie zu schärfen. Dies soll jetzt weiter ausgebaut werden. Bezüglich der Serviceplattform wartet man noch auf die Vervollständigung des Landes bezüglich der Universalprozesse.

Stadtrat Jäckel dankt im Namen der FDP-Fraktion für die geleistete Arbeit. Er lobt die überregionale Zusammenarbeit und sieht zukünftig Einsparpotentiale.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadträtin Becker berichtet Herr Itrich, dass es keine Pläne gibt, die Plattform Palim! Palim! zukünftig kostenpflichtig zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat Feuerer sieht es als schwierig an, einen Transformationsprozess mit allen Beteiligten abzustimmen. Er berichtet, dass der Universalprozess bei service.bw mittlerweile aktiv ist. Die Zusammenarbeit im Städtenetzwerk re@di bringt viel. Er bittet darum, dass auch die Schulen im IT-Bereich weiterhin ausgebaut werden, es werden hierfür auch Sonderprogramme des Landes in Aussicht gestellt.

Herr Dürk, Bildung - Kultur - Generationen, berichtet, dass in diesem Zusammenhang die Aufträge bereits erteilt sind.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den Bericht zur Digitalisierung 2019/2020 zur Kenntnis.

TOP 12: Berichte und Anfragen

Bekanntgaben des Oberbürgermeisters

Kiosk auf dem Kirchplatz

Da der bisherige Pächter des städtischen Kioskes auf dem Kirchplatz um Aufhebung des laufenden Pachtvertrages aus persönlichen Gründen gebeten hat, sucht die Stadt ab sofort einen neuen Pächter. Eine entsprechende Anzeige ist kommendes Wochenende über sämtliche mediale Kanäle geschaltet, Interessierte können sich bis Ende des Jahres beim Mietmanagement der Stadtverwaltung schriftlich bewerben. Der Übergang im kommenden Jahr soll nahtlos erfolgen.

Bio-Musterregion

Die Initiativgruppe Bioregion Mittelbaden hat vergangenen Freitag den Antrag zur Anerkennung Mittelbadens als Bio-Musterregion beim Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz eingereicht. Damit folgt die Initiative einem Aufruf der Landesregierung, die mit dem Wettbewerb das Ziel verfolgt, den Anteil des ökologischen Landbaus in Baden-Württemberg bis 2030 auf 30 bis 40 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche zu steigern. Stellvertretend für die Gruppe stellte die Stadt Bühl den Antrag.

Hauptanliegen der Antragsteller ist es, die regionale Versorgung der Bevölkerung mit Bio-Lebensmitteln aus der eigenen Region zu gewährleisten. Durch die Antragstellung fungiert die Stadt Bühl nun als Lead-Partner in dem Projekt, welches einen breiten Rückhalt in den Landkreisen Rastatt und Ortenau sowie dem Stadtkreis Baden-Baden verspürt. Mehr als 500 Unterstützer zählt die Initiative bereits.

In Baden-Württemberg gibt es bereits neun Bio-Musterregionen. Das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz fördert in ihrem mittlerweile dritten Wettbewerb drei weitere Bio-Musterregionen mit bis zu 75 Prozent einer Personalstelle für Regionalmanagement über einen Zeitraum von drei Jahren.

Oberbürgermeister Schnurr ergänzt auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Feuerer, dass es bezüglich einer möglichen Geschäftsstelle gemeinsame Überlegungen mit einer naheliegenden Gemeinde gibt. Außerdem berichtet er, dass die hiesige Landwirtschaft, die Winzer- und Obstbauern, mit ins Boot genommen werden. Die Direktvermarktung der Bühler Zwetschge ist bereits ein geplantes Projekt.

Bühl im Advent

Am Freitag startet unter dem Titel „Bühl im Advent“ in die Vorweihnachtszeit. Dann werden erstmals die Weihnachtsbeleuchtung an den Rathäusern und die 43 neuen Strahler angeschaltet. Baumgruppen werden illuminiert und setzen den Weg vom Stadtgarten zur Kirche, den Kirch- und Marktplatz und den Johannesplatz in Szene. Wer im Advent in Bühl einkauft, kann auch etwas gewinnen. Das Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und die BinA haben ein Adventsquiz realisiert. In Schaufenstern hängen Plakate mit Motiven, deren Begriffe in eine Teilnahmekarte einzutragen sind. Wer das Lösungswort herausfindet, kann bei einer Verlosung einen attraktiven Preis gewinnen. Auch diese Aktion soll dazu beitragen, die Einzelhändler zu unterstützen.

Sperrung Hauptstraße

Die Modernisierungsarbeiten am Gas-, Wasser- und Stromnetz in der Bühler Hauptstraße sowie der Oberweierer Straße werden an diesem Freitag abgeschlossen. Unmittelbar im Anschluss wird in der kommenden Woche die Fahrbahndecke aufgetragen. Wie die Stadtwerke mitteilen, haben sich in den vergangenen Tagen gerade bei der Erneuerung der Gasleitung zusätzliche Herausforderungen ergeben. Zusätzliche Kräfte sind eingesetzt worden. Aktuell arbeitet ein fünfköpfiges Team am Abschluss der Arbeiten im Untergrund. Ab dem kommenden Montag soll die Fahrbahndecke aufgetragen werden, sodass der Verkehr zum 5. Dezember 2020 wieder regulär über die Hauptstraße rollen kann.

Urteil Windkraft

Stadtrat Jäckel weist auf ein Urteil in Sachen Windkraft hin. Er bittet darum, dieses Thema im Gemeinderat zu erörtern. Oberbürgermeister Schnurr sagt hier ein Bericht zu.

Lüftungsanlage Fraunhofer Institut

Stadtrat Löschner fragt nach einer von ihm an die Verwaltung gerichtete Anfrage bezüglich einer preiswerten Lüftungsanlage, die von einem Professor des Fraunhofer Instituts Mannheim entwickelt wurde. Herr Eller, Stadtentwicklung – Bauen – Immobilien, berichtet, dass dies eine rudimentäre Lösung ist, die nur bei geöffnetem Oberfenster funktioniert. Sie ist aus günstigen Baumarktteilen zusammengestellt, müsste durch eigenes Personal hergerichtet und an Decken gedübelt werden. Diese Lösung ersetzt kaum eine richtige Belüftung, ist jedoch ein technisch guter Gedanke. Mit den vorhandenen CO₂-Ampeln und einer richtigen Lüftungstechnik ist man derzeit gut versorgt.

Stadträtin Becker berichtet von einer internen Diskussion am Windeck-Gymnasium zu diesem Thema. Sie sieht die Idee auch als eine einfache und preiswerte Lösung an, die durchaus funktionieren kann, allerdings ist es keine Massenzlösung. Kollegen an der Schule würden sich dieser Sache annehmen. Insgesamt trägt die Idee dazu bei, die Infektionswahrscheinlichkeit zu senken. Herr Eller ergänzt, dass dies am Windeck-Gymnasium sicherlich als Projekt umsetzbar ist und zeigt für einen Kontakt mit den Lehrern dankbar.

Zur Beglaubigung:

Der Oberbürgermeister:

Die Stadträte/innen:

Hubert Schnurr

Der Schriftführer:

Marc Vollmer